NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Begrünte Sitzmöglichkeit Hernalser Hauptstraße 53

Berichterstatter: BR Philipp Pichler

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 01.10.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der Magistratsabteilungen 19 *Architektur und Stadtgestaltung* und 28 *Straßenbau* werden ersucht, die zerstörte Sitzmöglichkeit auf der öffentlichen Fläche vor dem Nachbarschaftszentrum in der Hernalser Hauptstraße 53 durch ein begrüntes Sitzmöbel zu ersetzen, das ausreichende Beschattung für rastende Menschen schafft. Das Sitzmöbel soll dabei die Kommunikation von Menschen fördern. Bei der Wahl der Begrünung soll besonders auf Hitzebeständigkeit und Insektenfreundlichkeit geachtet werden.

Begründung:

Durch einen Autounfall wurde das Sitzmöbel vor dem Nachbarschaftszentrum des Hilfwerks in Hernals zerstört. Dadurch ergibt sich die Chance, bei der Neugestaltung auf eine begrünte Alternative zu achten, die den rastenden Menschen in Zukunft nicht nur Erholung, sondern auch Schatten, spendet.

Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Sitzbank bei Kreuzung Zeillergasse/Urbangasse

Berichterstatter:in: Cornelia Amon-Konrath

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 03.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere MA 19 (Architektur) und MA 28 (Straßenbau) werden ersucht, bei der Kreuzung Zeillergasse/Urbangasse, im südwestlichen Bereich eine Sitzbank (Sitzgelegenheit) im Bereich des Gehsteiges aufzustellen.

Begründung:

Die Zeillergasse ist in diesem Straßenabschnitt (noch) Heimat einiger großer Kastanienbäume, sie bietet in den Sommermonaten wunderbaren Schatten. Dennoch gibt es – auch wegen durchwegs schmaler Gehsteige – keine Sitzgelegenheiten. Im südwestlichen Bereich der Kreuzung ist der Bereich des Gehsteiges sehr breit, dort ist - angrenzend an die Baumscheibe – eine gute Möglichkeit gegeben, eine Sitzbank aufzustellen, ohne die Fußgänger:innen oder die Sichtachse des Kreuzungsbereiches einzuschränken. Hernals hat sich dazu bekannt, im Bereich der Mobilität den Fußgänger:innen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, wozu diese Maßnahme einen Beitrag leisten könnte.

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit



Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Sitzbänke in der Neuwaldegger Straße im Bereich zwischen ON 1 und ON 55

Berichterstatter:in: Cornelia Amon-Konrath

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 03.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere MA 19 (Architektur) und MA 28 (Straßenbau) werden ersucht, das Aufstellen von Sitzbänken/Sitzgelegenheiten im Bereich der Neuwaldegger Straße von ON 1 bis ON 55 (insbesondere in den Bereichen ON 3, 19-21, 27, 29, 37, 41) zu prüfen und gegebenenfalls ein bis drei Sitzbänke/Sitzgelegenheiten zu errichten.

Begründung:

Es ist wichtig, den Menschen, die zu Fuß gehen, mehr Augenmerk schenken. Zu Fuß gehen ist gesund und hält fit, zudem ist es die klimafreundlichste Art, sich fortzubewegen. In der letzten Legislaturperiode hat sich die Hernalser Bezirksvertretung explizit für Hernals als fußgänger:innenfreundlichen Bezirk ausgesprochen, die Weiterverfolgung dieses Ziels hat auch der Vorsitzende der Mobilitätskommission bei seinem Antritt klar artikuliert. Für Fußgänger:innen ist es aber auch wichtig, sich zwischendurch hinsetzen zu können, die Gründe dafür sind zahllos, beispielsweise, weil man nicht mehr gut/beschwerdefrei gehen kann, die Hitze, die den Kreislauf schwächt, oder ein hungriges Baby im Kinderwagen. Die Neuwaldegger Straße im oben angegebenen Bereich führt nicht nur zum Stadtwanderweg 3, sondern sie wird auch genutzt, weil die Busverbindung ein sehr großes Intervall hat. Sitzbänke in ihrem Verlauf stellen eine Verbesserung für Fußgänger:innen dar und bringen Hernals dem Ziel, ein fußgänger:innenfreundlicher Bezirk zu sein, wieder ein Stück näher.

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender









NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Beete vor der VS Kindermanngasse

Berichterstatterin: Cornelia Amon-Konrath

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 03.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA 19, MA 22, MA 28 und MA 42 *Wiener Stadtgärten,* werden ersucht, die im mittleren Beet vor der VS Kindermanngasse befindlichen hohen Sträucher zu entfernen und durch eine niedrigere Bepflanzung zu ersetzen.

Begründung:

Die bestehenden Sträucher im genannten Beetbereich beeinträchtigen derzeit die Sichtbarkeit der Gasse insbesondere in den frühen Abendstunden – ein Umstand, der vor allem in den Wintermonaten, wenn es früh dunkel wird, ein Gefühl von Unbehagen hervorrufen kann. Sie werden als Bedürfnisanstalt genutzt und hin und wieder auch als Schlafplatz. Eine gute Einsehbarkeit des Schulumfeldes ist gerade in Zeiten von eingeschränktem Tageslicht von besonderer Bedeutung, um ein sicheres Umfeld für alle Menschen zu gewährleisten und den Schulvorplatz offener, einsehbarer und sicherer.

In weiterer Folge könnte auch die Schulleitung eingebunden werden und der Bereich als Gemeinschaftsbeet genutzt werden.



Sträucher vor der VS Kindermanngasse



Schlecht einsehbarer Bereich hinter den Sträuchern

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Sitzmöglichkeiten GTVS Kunterbunt

Berichterstatterin: Natalie Raidl

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 03.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA 19 A*rchitektur und Stadtgestaltung* und 28 *Straßenbau* werden ersucht zu prüfen, wo vor der GTVS Kunterbunt in der Halirschgasse Sitzmöglichkeiten aufgestellt werden können und diese gegebenenfalls aufstellen zu lassen.

Begründung:

Sitzbänke auf Schulvorplätzen sind wichtig, um einerseits die Aufenthaltsqualität für wartende Eltern, Großeltern und andere Begleitpersonen bzw. Schüler:innen zu erhöhen. Sie leisten auch einen Beitrag dazu, den öffentlichen Raum rund um Schulen familienfreundlich zu gestalten. Andererseits bieten sie die Gelegenheit für Fußgänger:innen, eine kurze Pause einzulegen. Eine Installation von Sitzbänken ist daher ist für die Aufenthaltsqualität und die Attraktivierung des Schulvorplatzes von zentraler Bedeutung.

Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Sitzmöglichkeiten vor der OVS Rötzergasse

Berichterstatterin: Natalie Raidl

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 03.12.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, und insbesondere die MA 19 *Architektur und Stadtgestaltung* und MA 28 *Straßenverwaltung und Straßenbau* werden ersucht zu prüfen, wo vor der OVS Rötzergasse Sitzmöglichkeiten aufgestellt werden können und diese gegebenenfalls aufstellen zu lassen.

Begründung:

Mit der Umgestaltung der Rötzergasse in eine Wohnstraße und der damit verbundenen Verkehrsberuhigung wurde ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit der Schüler:innen und zur Aufenthaltsqualität geleistet.

Im Bereich vor der Schule fehlt es jedoch aktuell noch an Sitzgelegenheiten, die von wartenden Eltern, Großeltern oder sonstigen Begleitpersonen bzw. Schüler:innen genutzt werden können. Aktuell lassen sich wartende Personen oft auf den Gittern rund um die Baumscheiben nieder. Ausreichende Sitzgelegenheiten sind also eine wichtige und notwendige Maßnahme, um die Aufenthaltsqualität zu steigern und leisten einen Beitrag zur familienfreundlichen Gestaltung des Schulvorplatzes.

NEOS
Freiheit
Fortschritt
Gerechtigkeit



Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Sitzmöglichkeiten VS Kindermanngasse

Berichterstatterin: Natalie Raidl

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 03.10.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, und insbesondere die MA 19 *Architektur und Stadtgestaltung* und 28 *Straßenbau* werden ersucht vor dem Eingang der VS Kindermanngasse Sitzbänke an den Mauern der Baumscheiben zu errichten.

Begründung:

Sitzbänke auf Schulvorplätzen sind wichtig, um einerseits die Aufenthaltsqualität für wartende Eltern, Großeltern und andere Begleitpersonen bzw. Schüler:innen zu erhöhen. Sie leisten auch einen Beitrag, den öffentlichen Raum rund um Schulen familienfreundlich zu gestalten. Andererseits bieten sie die Gelegenheit für Fußgänger:innen, eine kurze Pause einzulegen. Am genannten Vorplatz der VS Kindermanngasse gab es in der Vergangenheit Sitzbänke, die jedoch im Zuge der Sanierung der Schule entfernt wurden. Eine Wiederherstellung ist für die Aufenthaltsqualität und die Attraktivierung des Schulvorplatzes von zentraler Bedeutung.





NEOS
Freiheit
Fortschritt
Gerechtigkeit

Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Den Leopold-Kunschak-Platz in Anna-Maria-Haas-Platz umbenennen!

Berichterstatter: Philipp Pichler

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der Magistratsabteilung 7 werden ersucht, den Leopold-Kunschak-Platz in den Anna-Maria-Haas-Platz umzubenennen. Die Entwicklungsgeschichte der Platzbenennung soll im Zuge der Umbenennung durch eine Kontextualisierung vor Ort sichtbar gemacht werden, um zeitgemäße Erinnerungskultur als aktive Praxis erfahrbar zu machen. Diese Maßnahme soll nicht nur der Würdigung von Anna Maria Haas dienen, sondern auch zur kritischen Auseinandersetzung mit historischen Namensgebungen im öffentlichen Raum beitragen.

Begründung:

1971 wurde der Platz vor dem Hernalser Friedhof nach Leopold Kunschak benannt, um ihn für seine politischen Leistungen zu ehren. Leopold Kunschak war ein herausgehobener christlich-sozialer Politiker, Mitunterzeichner der österreichischen Unabhängigkeitserklärung und erster Nationalratspräsident der 2. Republik. Leopold Kunschak war Zeit seines Lebens aber auch glühender Antisemit, der als Parteigänger Karl Luegers, nicht nur als antisemitischer Vordenker fungierte, sondern auch seine eigene Politik nach seinen Überzeugungen ausrichtete.

In der ersten Republik agitierte er gegen jüdische Flüchtlinge des Ersten Weltkrieges und forderte deren Internierung in Konzentrationslagern, sollten sie das Land nicht verlassen. Er forderte Zugangsbeschränkungen für Jüd:innen zu den Universitäten, Schulen und öffentlichen Ämtern und ihre Erfassung mittels eines Judenkatasters. Bei einer Wahlkampfveranstaltung im September 1945 agitierte er wiederum gegen jüdische Displaced Persons. Dabei machte er sie für die wirtschaftliche Situation verantwortlich und bekräftigte immer Antisemit gewesen zu sein und bleiben zu wollen.

Aufgrund dieser Faktenlage wird Leopold Kunschak im Historiker:innenbericht der Stadt Wien auch als Fall mit intensivem Diskussionsbedarf eingestuft - die schwerwiegendste Kategorie des Berichtes. Bisher wurde diesem Umstand jedoch nur mit einer Zusatztafel am Platz Rechnung getragen, die textlich dem tatsächlichen Ausmaß Kunschaks Antisemitsmus nicht gerecht wird.

Wir NEOS finden diesen Zustand nicht mehr tragfähig und fordern daher erneut die Umbenennung in den Anna-Maria-Haas-Platz.

Anna-Maria Haas trat in Zeiten des größten Terrors und unter Gefahr des eigenen Lebens für Menschlichkeit und Zivilcourage ein und dennoch gibt es im 17. Bezirk keine Würdigung dieser zutiefst beeindruckenden Frau, die Hernals als ihre letzte Ruhestätte wählte. Trotz Überwachung durch die Gestapo, versteckte und versorgte sie während der NS-Diktatur zwei jüdische Familien und rettet ihnen damit das Leben. Dafür wurde sie von der internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem als Gerechte unter den Völkern ausgezeichnet.
Anna-Maria-Haas, die jüdisches Leben schützte, auf den Antisemiten Leopold Kunschak folgen zu lassen, wäre ein schönes und vor allem so wichtiges Zeichen in einer Zeit, in der antisemitische Übergriffe wieder zunehmen.

Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

Mistkübel-Montage vor Volksschule Knollgasse Nr. 6

Berichterstatterin: KO BR Mag. Petra JANACZEK

Die BezirksrätInnen der FPÖ Hernals stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25. Februar 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der MA 48 werden ersucht, in der Knollgasse auf der Höhe des Eingangs der Volksschule Knollgasse Nr. 6, 1170 Wien, einen Mistkübel anzubringen.

Begründung:

Im Bereich vor Volksschulen kommt es regelmäßig zu Verschmutzungen durch weggeworfene Verpackungen und Abfälle, aber gerade im Umfeld einer Schule, die täglich vor allem von Kindern und Eltern frequentiert wird, ist ein sauberes und sicheres Umfeld besonders wichtig. Das Anbringen eines Mistkübels würde einen einfachen und wirksamen Beitrag zur Sauberkeit leisten und dazu beisteuern, Littering im Schulumfeld zu reduzieren.




Bilder: Volksschule Knollgasse, Höhe ONr. 6, 1170 Wien, am 8.2.2026

Für die Fraktion der FPÖ Hernals

Mag. Petra JANACZEK
Klubvorsitzende

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Fahrradstraße Geblergasse

Berichterstatter: BR Cornelia Amon-Konrath

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.02.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die Magistratsabteilung 46 – Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten sowie die Magistratsabteilung 28 – *Straßenverwaltung und Straßenbau*, werden ersucht, die Verkehrsführung im Bereich der Fahrradstraße Geblergasse (ab Gschwandnergasse) sowie der angrenzenden Zubringerstraßen zu evaluieren und Maßnahmen zu setzen, um die ursprünglich geplante Konzeption der Fahrradstraße konsequent und durchgängig umzusetzen.

Dabei sollen insbesondere widersprüchliche Verkehrsregelungen bereinigt, der motorisierte Durchzugs- und Zufahrtsverkehr auf ein mit der Idee einer Fahrradstraße vereinbares Ausmaß reduziert sowie die Sicherheit und Priorität des Radverkehrs durch geeignete verkehrsrechtliche, bauliche und signaltechnische Maßnahmen (bspw. Änderung der Einbahnregelungen in der Geblergasse selbst sowie der zuführenden und wegführenden Quergassen, Bodenmarkierungen, etc. ...) sichergestellt werden.

Begründung:

Die Fahrradstraße in der Geblergasse wurde eingerichtet, um eine sichere und attraktive Radverbindung im 17. Bezirk zu schaffen. Rückmeldungen aus der Bevölkerung und eigene Beobachtungen zeigen jedoch, dass die aktuelle Verkehrsführung von der ursprünglichen Konzeption abweicht und zu gefährlichen Konfliktsituationen zwischen Rad- und Autoverkehr führt.

Durch temporäre Baustellensituationen, unvollständig umgesetzte Einbahndrehungen und teilweise widersprüchliche Durchfahrtsregelungen kommt es dazu, dass der Kfz-Verkehr der

intendierten Zielsetzung widerspricht und die Fahrradstraße als Umfahrungsmöglichkeit für die Hernalser Hauptstraße und Querverbindung zur Ottakringer Straße nutzt (kommend über Weißgasse, Geblergasse, Kalvarienberggasse). Durch die Wegnahme von Stellplätzen wird die Fahrbahn von den Autofahrenden mittig befahren, was zu gefährlichen Situationen besonders mit Kindern führt. Dies untergräbt den Zweck der Fahrradstraße, mindert die Verkehrssicherheit und schwächt die Akzeptanz des Projekts in der Bevölkerung.

Um die Zielsetzung der Fahrradstraße – Vorrang, Sicherheit und Attraktivität für den Radverkehr – tatsächlich zu erfüllen, ist eine klare, konsistente und baulich unterstützte Verkehrsorganisation erforderlich. Die beantragten Maßnahmen dienen daher der Wiederherstellung der Verkehrssicherheit, der Glaubwürdigkeit der städtischen Radverkehrspolitik sowie der nachhaltigen Nutzung der Fahrradstraße durch die Bevölkerung.





Für die Fraktion der NEOS

Philipp Pichler
Klubvorsitzender

Entfernung der “Beschmierungen“ an der WC-Anlage in der Schwarzenbergallee

Berichterstatterin: BR Ulrike KREUZBERGER

Die BezirksrätInnen der FPÖ Hernals stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25. Februar 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der MA 48 werden ersucht, die Oberflächenverunreinigungen an der öffentlichen WC-Anlage in der Schwarzenbergallee neben dem Lokal „Zur Allee“, Schwarzenbergallee 40, 1170 Wien, zu entfernen.

Begründung:

Die schnelle Entfernung von „Beschmierungen“ senkt Studien zufolge die Frequenz neuer Graffiti und sonstigen Oberflächenverunreinigungen, da dadurch keine unbehandelten bzw. ungestörten Flächen für neuerliche Anbringung von Schriftzügen oder Farbaufträgen bestehen bleiben. Infolgedessen kann Vandalismus durch Nachahmer vermieden werden.

Zudem wirken verschmierte Anlagen vernachlässigt, was sich negativ auf das subjektive Sicherheitsgefühl im Umfeld auswirken kann. Eine professionelle Reinigung würde zur Wiederherstellung eines gepflegten Erscheinungsbildes und somit zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum in Hernals beitragen.



Bild: WC-Anlage in der Schwarzenbergallee (Höhe ONr. 40), 1170 Wien, am 8.2.2026

Für die Fraktion der FPÖ Hernals

Mag. Petra JANACZEK
Klubvorsitzende

Fahrradstraße Geblergasse sichtbarer machen

Berichterstatterin: Katharina Wegan

Die Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Hernals stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.02.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die Bezirksvertretung Hernals ersucht die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag. Ulli Sima, und die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA28 und MA46), die neu eingerichtete Fahrradstraße Geblergasse noch vor dem Start der Radsaison auf ihre Sicherheit für den Radverkehr zu prüfen und die Priorisierung des Radverkehrs für alle gut sichtbar zu machen.

Begründung:

Vor wenigen Monaten ist die Fahrradstraße Geblergasse eröffnet worden, auf die viele Radfahrende schon lange gewartet und sich gefreut haben. Leider ist die Freude nun ein wenig getrübt. Denn die Fahrradstraße Geblergasse wird – insbesondere zwischen Rosensteingasse und Gürtel – weiterhin intensiv als Durchzugsroute vom motorisierten Verkehr genutzt, oftmals wird die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h überschritten und Radfahrenden der Vorrang genommen. Eine Bürgerin, die sich diesbezüglich bereits an die Bezirksvertretung gewandt hat, schreibt dazu: „Das resultierende Verkehrsklima ist insbesondere für Kinder und Jugendliche auf dem Schulweg unsicher und teils gefährlich."

Da noch nicht alle Verkehrsmaßnahmen (z.B. Einbahn-Umdrehungen) in der Fahrradstraße Geblergasse definitiv umgesetzt sind, erscheint es aus unserer Sicht empfehlenswert, bis dahin zumindest die Fahrradstraße als solche noch sichtbarer zu kennzeichnen, z.B. mittels großflächiger blau-weißer Markierungen (wie etwa in der Fahrradstraße Sinawastingasse im 21. Bezirk, hier zu sehen: https://www.wien.gv.at/verkehr/fahrradstrasse) an jeder größeren Kreuzung bzw. Unterbrechung der Fahrradstraße, und zur Erinnerung der Kraftfahrzeug-Lenker:innen mobile Geschwindigkeitsmessgeräte aufzustellen.

Für die Fraktion Grüne Alternative Hernals

Florian Preusche, stv. Klubvorsitzender

SIGNATURINFORMATIONEN

Unterzeichner Florian Benedikt Sebastian Preusche

Datum/Zeit-UTC 2026-02-18T03:33:34+01:00

Prüfinformation Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at

Hinweis Dieses mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehene Dokument hat gemäß Art. 25 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 vom 23. Juli 2014 ("eIDAS-VO") die gleiche Rechtswirkung wie ein handschriftlich unterschriebenes Dokument.

Sitzbank: „Kein Platz für Gewalt“

Berichterstatterin: BR Jana Rabofskz

Die Bezirksrät*innen der Fraktion KPÖ-LINKS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.02.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere der Magistratsabteilung 19, der Magistratsabteilung 46 sowie der Magistratsabteilung 57 werden ersucht, eine Sitzbank am Elterleinplatz im Sinne der StoP Initiative „Kein Platz für Gewalt“ umzugestalten.

Begründung:

Vom 25.11. bis zum 10.11. fanden die 16 Tagen gegen Gewalt an Frauen statt. Auch der feministische Kampftag (8. März) steht vor der Tür. Zu diesen Anlässen soll in Hernals sichtbar gemacht werden, dass Gewalt hier keinen Platz hat.

In Zusammenarbeit mit StoP-Stadtteile ohne Partnergewalt, wurden schon in mehreren Wiener Bezirken – unter anderem auch in Hernals – Sitzbänke umgestaltet. Diese Sitzbänke sind nicht nur ein starkes Zeichen gegen Gewalt an Frauen, sondern tragen auch die Nummer der Frauenhelpline, die im Ernstfall tatsächlich Unterstützung bieten kann.

Für die Fraktion KPÖ-LINKS

Andras Daradics

Klubvorsitzender

Für echte Gleichstellung und Frauen*rechte

Die Fraktionen der Bezirksparteien in Wien-Hernals SPÖ, GRÜNE, NEOS; ÖVP und KPÖ/LINKS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.02.2026 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Der 8. März ist der **internationale Frauen*tag**, auch **feministischer Kampftag** genannt. An diesem Tag zeigen wir die nach wie vor bestehende Benachteiligung von Frauen* in den unterschiedlichsten Lebensbereichen auf. **Der 8. März**, zurückgehend auf das Engagement sozialistischer Frauen* und schließlich von der UNO als weltweiter Gedenktag übernommen, **zeigt auf, dass echte Gleichstellung von Frauen* noch lange nicht erreicht ist.**

Österreich hat sich in zahlreichen Gesetzen und völkerrechtlichen Abkommen dazu verpflichtet, aktiv die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und Benachteiligungen zu bekämpfen. [1]

Diese Verträge und gesetzlichen Bestimmungen fordern:

- eine wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen*, wozu auch die Beseitigung von Benachteiligungen bei der Bezahlung (Equal Pay), die gleichen Chancen im beruflichen Fortkommen und wirtschaftliche Unabhängigkeit zählen
- die gleichen Möglichkeiten und den gleichen Zugang zu öffentlichen Räumen und zum gesellschaftlichen und kulturellen Leben
- den gleichen Zugang und die gleichen Leistungen im Gesundheits- und medizinischen Bereich
- Chancengleichheit und gleiche Teilhabe im Bereich der Bildung, Aus- und Weiterbildung
- Freiheit von Gewalt, Unterdrückung und Misogynie (Verachtung und Hass gegenüber Frauen*),
- die Beachtung der unterschiedlichen Situationen, in denen sich Frauen* befinden und die Intersektionen, die sich daraus ergeben (bspw. iZm Behinderung,

[1] Und zwar unter anderem mit der Ratifikation der „UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau“ (CEDAW), in Artikel 7 der österreichischen Bundes-Verfassung, im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Artikel 8 und 157 AEUV), in der Europäischen Grundrechtecharta (Artikel 21 GRC) sowie in weiteren europäischen und internationalen Verträgen (ILO, Istanbul-Konvention).

sexueller Orientierung, Herkunft, Alter, sozioökonomischem Hintergrund, Religion oder Weltanschauung), sowie

- die aktive Bekämpfung verfestigter Geschlechterrollen, die Frauen* in ihrer Freiheit einschränken und objektifizieren.

Aus Anlass des internationalen Frauen*tages bekräftigt die Hernalser Bezirksvertretung, dass sie diese Verpflichtungen ernst nimmt und im Rahmen ihrer Möglichkeiten beachtet, bedenkt und in ihrem Wirkungsbereich mit Leben erfüllen möchte. Als Hernalser Bezirksvertretung stellen wir klar, dass es selbstverständlich sein muss, dass Frauen* ihre Lebensentwürfe frei gestalten können, was eine aktive Auseinandersetzung mit und Bekämpfung der patriarchalen Strukturen in Österreich bedingt.

Begründung:

Frauen* finden auch im Jahr 2026 in Österreich nicht die gleichen Möglichkeiten und Freiheiten vor, wie Männern dies möglich ist. So sind medizinische Untersuchungen und Forschungen nach wie vor überwiegend an Männerkörpern als dem „Standard“ orientiert, in der Sprache werden Frauen* unsichtbar gemacht, weil die männliche Formulierung „die Norm“ darstellt und Frauen* nur mitgemeint sind, und auch im beruflichen Kontext sind Frauen* trotz besserer Ausbildungen immer noch selten in den Führungsetagen zu finden und werden für gleiche oder gleichwertige Arbeit schlechter entlohnt. So beträgt der Gender Pay Gap in Österreich nach Eurostat 18,3 %.[2]

Ebenfalls deutlich zeigt sich diese Schieflage in der ökonomischen Abhängigkeit von Frauen*, die dazu führt, dass Frauen* in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt sind. So sind Frauen* durch schlechtere Einkommen und wegen der Übernahme von unbezahlter Care Arbeit in oftmals prekären Situationen. „In Haushalten mit drei oder mehr Kindern ist das Armutsrisiko von Frauen mit 65 Prozent mehr als fünfmal so hoch wie das der Männer, das bei 12 Prozent liegt.“ (Quelle: Studie „Versteckte Armut. Das Armutsrisiko von nicht allein lebenden Frauen in Österreich, Katrin Gasior, 2025)[3].

Zudem kommt, dass die Anzahl der Femizide in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern erschreckend hoch ist. Femizide stellen dabei die letzte Eskalationsstufe dar, wenn es um die Verachtung von Frauen* geht. So werden in manchen Medien nach Gewalttaten, die Frauen* erfahren, regelmäßig Sympathiebekundungen („sogenannte „Himpathy“) gegenüber den Tätern verlautet und ihre Taten mit

[2] https://www.bmfwf.gv.at/frauen-und-gleichstellung/gleichstellung-am-arbeitsmarkt/einkommen-und-der-gender-pay-gap.html

[3] https://www.caritas.at/fileadmin/storage/global/caritas-at/Ueber-uns/Publikationen/CARITAS_Endbericht-Studie-versteckte-Armut_Gasior_2025.pdf

„Gefühlsregungen“ verharmlost, anstatt auf den zu Grunde liegenden Hass auf Frauen* hinzuweisen und diesen zu benennen.[4]

Hinzu kommen der Hass und die Verachtung, die Frauen* sowohl im öffentlichen als auch im virtuellen Raum ausgesetzt sind.[5]

Echte Gleichstellung von Frauen* braucht gesellschaftliche und gesetzliche Änderungen. Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Gleichstellung vorantreiben. Dazu braucht es gezielte Arbeit mit Buben und Vätern, um Konfliktlösungsstrategien abseits von Gewalt zu erlernen und zu erfahren. Es braucht eine Stärkung der Männerarbeit, die dazu beiträgt, dass Männer ihre Rollen und Machtpositionierungen hinterfragen. Es bedarf Karenzregelungen, die eine gerechte und gleiche Verantwortungsübernahme der Care Arbeit für Kinder zur Norm macht. Es braucht (mehr) Frauen* in allen beruflichen, gesellschaftlichen, politischen und medialen Entscheidungspositionen – als Rollenvorbilder und weil dies im Jahr 2026 selbstverständlich sein sollte.[6]

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen und für den selben Zeitraum auf der Website des Bezirks Hernals veröffentlicht werden.

[4] Eine umfassende Darstellung dazu in „Entitled – How Male Privilege Hurts Women“, Kate Manne, Penguin Books 2020.
[5] Dazu „Feindbild Frau“, Ingrid Brodnig, Brandstätter Verlag, 2026.
[6] Über die Situation von Frauen* in Unternehmen und die Aufgaben, die in diesem Zusammenhang von Männern übernommen werden können, um Gleichstellung voranzubringen: „Wenn die letzte Frau den Raum verlässt“, Vincent-Immanuel Herr/Martin Speer, Ullstein Verlag, 2025.

Freiheit ist Verantwortung – Für Schutz und Solidarität mit der iranischen Zivilgesellschaft

Berichterstatter/in: BRin Eva Victoria Horvat

Die Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Hernals stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am (25. Februar 2026) gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Hernalser Bezirksvertretung spricht sich angesichts der durch das iranische Regime gewaltsam unterdrückten Proteste, bei denen mit scharfer Munition gegen friedliche und unbewaffnete Demonstrierende vorgegangen wurde und weiterhin vorgegangen wird und die zu Massakern an Tausenden von Menschen geführt haben, für eine klare und sichtbare Solidarität mit der iranischen Zivilgesellschaft aus. Diese Solidarität gilt insbesondere unseren Hernalser Nachbar:innen, Freund:innen und Mitbürger:innen iranischer Herkunft, die unseren Bezirk aktiv mitgestalten – ebenso allen Iraner:innen in Wien, die von Repression, Einschüchterung oder der Sorge um ihre Angehörigen betroffen sind.

Die Bezirksvertretung bekennt sich zu den Grundwerten einer offenen, demokratischen Gesellschaft, in der Menschenrechte universell gelten und kein Mensch aufgrund seiner politischen Überzeugung, seines Geschlechts oder seines Einsatzes für Freiheit und Gerechtigkeit Angst vor Verfolgung, Gewalt oder Tod haben muss, sondern frei, sicher, selbstbestimmt und gleichberechtigt leben kann.

Demokratie und Freiheit sind nicht nur Rechte, sondern auch Verantwortung. Als Teil einer demokratischen Gesellschaft stehen wir an der Seite jener Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens für diese Werte eintreten, und bekräftigen, dass ihre Würde, ihre Sicherheit und ihre Rechte unantastbar sind.

Begründung:

Am 28. Dezember begannen erneut landesweite Proteste im Iran. Zehntausende Menschen forderten Freiheit, die Wahrung ihrer Rechte, Menschenwürde und grundlegende politische Veränderungen – und wandten sich gegen wirtschaftliche Not, steigende Lebenshaltungskosten, politische Repression und fehlende Perspektiven.

Die staatliche Reaktion war von massiver Gewalt geprägt. Sicherheitskräfte gingen mit scharfer Munition gegen unbewaffnete Demonstrierende vor, verschleppten Menschen – teils direkt aus Krankenhäusern –, folterten Inhaftierte und nahmen den Tod von Zivilist:innen gezielt in Kauf, um den Widerstand der Zivilgesellschaft zu brechen. Trotz zeitweiser Internetabschaltungen wurden zahlreiche Berichte und Bilddokumente bekannt, die das Ausmaß der Repression belegen. Auch die Verhängung und Vollstreckung von Todesurteilen dient dem Regime als weiteres Mittel der Einschüchterung.

Bereits nach den Protesten „Frau, Leben, Freiheit“ im Jahr 2022 wurde deutlich, dass das Regime keinerlei Reformbereitschaft zeigt. Statt Dialog setzt es auf Einschüchterung und systematische Repression. Da es weder wirtschaftliche Verbesserungen noch politische Perspektiven anbieten kann, stellt es den Erhalt des Systems über Menschenrechte und Menschenleben.

Insbesondere die Revolutionsgarden sichern diese Gewaltpolitik – nicht nur im Inneren, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus. Ihr Einfluss reicht bis nach Europa und Wien. Einschüchterung und Bedrohung von Oppositionellen in der Diaspora sind Realität und stellen einen Angriff auf offene und demokratische Gesellschaften dar.

Wir erklären daher unsere uneingeschränkte Solidarität mit den Menschen im und aus dem Iran, die unter größtem persönlichem Risiko für Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung eintreten. Menschenrechte sind universell und unteilbar; ihre Achtung bildet die Grundlage jeder demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung.

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Für die Fraktion Grüne Alternative Hernals

Florian Preusche, stv. Klubvorsitzender

SIGNATURINFORMATIONEN	**Unterzeichner**	Florian Benedikt Sebastian Preusche
	Datum/Zeit-UTC	2026-02-24T11:20:24+01:00
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at
Hinweis	Dieses mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehene Dokument hat gemäß Art. 25 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 vom 23. Juli 2014 ("eIDAS-VO") die gleiche Rechtswirkung wie ein handschriftlich unterschriebenes Dokument.	

KPÖ & LINKS

Für ein freies und selbstbestimmtes Rojava!

Berichterstatter: BR Andras Daradics

Die Bezirksrät*innen der Fraktion KPÖ-LINKS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.02.2026 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung Hernals spricht sich für den Erhalt der Selbstverwaltung von Rojava aus.

Begründung:

Die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien, bekannt unter dem kurdischen Namen Rojava, wurde Ende Jänner von der syrischen Armee angegriffen. Dies ist nicht nur ein Angriff auf die Autonomie und Selbstverwaltung, sondern auch auf ein solidarisches und demokratisches Projekt. Die autonome Bewegung kämpfte seit 2012 gegen den sogenannten Islamischen Staat und wurde dabei vom Westen unterstützt. Durch den Rechtsruck der letzten Jahre hat die ursprüngliche Solidarität mit Rojava abgenommen und wurde zugunsten einer restriktiven Abschiebepolitik aufgegeben.

Die Errungenschaften der demokratischen, selbstorganisierten, ökologischen, feministischen und multiethnischen Gemeinschaft sollen bewahrt werden. Rojava ist ein Vorbild für feministische, ökologische und demokratische Kräfte und gilt als Zeichen der Solidarität.

Der Krieg gegen Rojava ist kein „innerer Konflikt". Regionale Mächte wie die Türkei greifen ein, internationale Akteure mischen mit. Auch westliche Staaten spielen dabei eine Rolle.

Zwar konnte Ende Jänner ein Waffenstillstand vereinbart werden – doch wie stabil dieser ist und was aus den sozialen und politischen Errungenschaften wird, bleibt offen.

Das Vorgehen der USA und der EU zeigt ein Muster: Verbündete werden in politisch brisanten Situationen fallengelassen, um Kooperationen mit reaktionären Kräften

einzugehen und Abschiebungen nach Syrien zu erleichtern. Dabei werden progressive politische Bewegungen, die einst als Partner galten, in ihrer Bitte um Unterstützung ignoriert, um die eigene restriktive Politik voranzutreiben. Dieser politischen Entwicklung wollen wir auch in der Bezirksvertretung entgegentreten. Sie soll der kurdischen Community in Hernals als Zeichen der Solidarität gelten und ihnen unsere Unterstützung aussprechen.

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Für die Fraktion KPÖ-LINKS

Andras Daradics
Klubvorsitzender

KPÖ & LINKS

My Body is none of your Business

Berichterstatterin: BRin Jana Rabofsky

Die Bezirksrät*innen der Fraktion KPÖ-LINKS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.02.2026 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung Hernals bekennt sich anlässlich des feministischen Kampftages am 8. März zu Gleichstellung, Selbstbestimmung und Vielfalt von Frauen und Mädchen in all ihren Lebensrealitäten.

Begründung:

Der internationale Frauentag ist historisch ein von Arbeiter*innen getragener feministischer Kampftag. Heute, wo auch queere, nicht-binäre und trans Identitäten angegriffen werden, ist er nicht weniger notwendig als damals.

Neben Lohnungleichheit, schlechteren Jobchancen und unbezahlter Sorgearbeit, sind es auch die alltäglichen, scheinbar privaten Formen der Kontrolle und Bewertung weiblicher Körper, die die Ungleichheit fortschreiben.

Im letzten Jahr sind in Wien mehrere illegale „Schönheitsklinken“ aufgeflogen. Diese Fälle verdeutlichen einmal mehr, wie gesellschaftliche Schönheitsnormen genutzt werden, um Profit zu machen.

Der riesige Markt rund um Körperoptimierung, kosmetische Eingriffe und vermeintliche „Selbstverbesserung“ basiert vielfach auf der systematischen Verunsicherung, insbesondere von Frauen und Mädchen.

Über Werbung und Social Media werden unrealistische Ideale von Schlankheit, Jugend und Makellosigkeit verstärkt und als erstrebenswerter Standard dargestellt. Wer diesen Normen

nicht entspricht, sieht sich häufig mit Abwertung, Kommentierung oder sozialem Druck konfrontiert.

Dass insbesondere Frauen bereit sind ihre körperliche Versehrtheit aufs Spiel zu setzen und sich illegalen Behandlungen zu unterziehen, zeigt wie stark der Druck auf sie wirkt. Es geht hier nicht um individuelle Entscheidungen bezüglich des eigenen Aussehens, sondern um ein strukturelles Ausnutzen von Unsicherheiten. Wenn gesellschaftliche Anerkennung und berufliche Chancen implizit an äußere Erscheinung geknüpft werden, entsteht ein Markt, der aus diesen Unsicherheit Kapital schlägt.

Daher spricht sich die Bezirksvertretung klar für die Stärkung körperlicher Selbstbestimmung, die Förderung von Medien- und Gesundheitskompetenz sowie für eine konsequente Zurückweisung normierender und profitorientierter Schönheitsideale, auch für alle in Hernals lebenden Frauen und Mädchen, aus.

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.

Für die Fraktion KPÖ-LINKS

Andras Daradics
Klubvorsitzender